

**Quelle** Frankfurter Rundschau vom 24. 10. 2008  
**Seite** 19  
**Ressort** Wirtschaft  
**Rubrik** S  
**Autor** VON RUDOLF HICKEL |

Gastbeitrag

## Eine Gewinnflut hat die Wirtschaft ertränkt

Überschüssige Profite müssen in die Löhne fließen und nicht in Finanzspekulationen. So wird die Kaufkraft gestärkt und der Abschwung gebremst, den die Finanzkrise antreibt.

Die tiefe Finanzmarktkrise hat eine radikale Forderungsrhetorik ausgelöst, die noch vor kurzem als sozialistische Wahnvorstellung diffamiert worden wäre. Doch all die Regulierungen, die jetzt vorgeschlagen werden, richten sich viel zu wenig auf die Triebkräfte der außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte. Wenn die eigentlichen Ursachen nicht abgestellt werden, ist die nächste Megakrise gewiss. Entscheidend ist die Frage nach den Quellen, aus denen das Kapital stammt, auf dem sich heute die Herrschaft der Finanzmärkte gründet.

Schauen wir also nach, woher das Geld kommt. In den letzten Jahren gab es in vielen Industriestaaten eine massive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums - zu Gunsten der Kapitalgewinne und zu Lasten der Masseneinkommen. In Deutschland hat die sozialgrüne Regierung mit ihrer neoliberalen Agenda 2010 diese Umverteilung forciert. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt noch gut 72 Prozent, im letzten Jahr waren es gerade noch 64,6 Prozent. Darüber hinaus hat sie die Finanzmärkte schrittweise dereguliert. Die neoliberale Vorfahrtsregel für Gewinne hat bei Unternehmen und Reichen zu massiven Liquiditätsüberschüssen geführt. Diese Überschüsse strömten auf den Finanzmarkt. Kapitalsammelstellen wie Investmentbanken und Hegefonds zogen das Geld wie ein Staubsauger an. Ihr erklärtes Ziel lautete: Anlagen mit möglichst hohen Profiten finden. Dass dies auf Dauer nicht gut geht, wird uns heute

drastisch vor Augen geführt.

Die produzierende Wirtschaft spielt bei alledem eine widersprüchliche Rolle: Unternehmen haben einen Teil ihrer Mega-Gewinne investiert - der Milliarden-Rest floss jedoch auf die Finanzmärkte. Damit hat die Industrie selbst den Spekulationskapitalismus angeheizt und davon profitiert. Einige Firmen wurden jedoch von renditehungrigen Anlagespekulanten geschluckt, oft mit katastrophalen Folgen für Unternehmen und Belegschaften. Die Umverteilung auf Kosten der Lohnbezieher hat auch auf die produzierende Wirtschaft insgesamt eine brutale Nebenwirkung: Die Kaufkraft schwindet - und Firmen finden keine Abnehmer mehr für ihre Produkte.

Damit die Produktionswirtschaft die Vorherrschaft über die hoch riskanten Finanzmärkte zurückgewinnt, müssen die gesamtwirtschaftlich schädlichen Renditeansprüche zurückgedreht werden zu Gunsten der Beteiligung der Wertschöpfenden. Eine gerechte Umverteilung zu Gunsten der Arbeits- und Sozialeinkommen schafft ein Nachfragepotenzial, das der realen Binnenwirtschaft nützt. Hierbei kommt neben einem öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramm der Lohnpolitik eine besondere Rolle zu. Es wäre also binnenwirtschaftlich absolut falsch, der Tarifpolitik zur Rettung aus dem Abwärtsstrudel der Finanzmärkte Opfer abzuverlangen.

Vielmehr weist die Tarifforderung der IG Metall von acht Prozent in die richti-

ge Richtung. Sie zielt darauf, überschüssige Gewinne, die spekulativ angelegt werden, zugunsten der Löhne zu reduzieren. Gerade in der Metall- und Elektroindustrie ist der Anteil der Profite, die nicht in die Finanzierung von Sachinvestitionen geflossen sind, besonders gestiegen.

Die IG Metall hat ihre Lohnpolitik bislang an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung orientiert. Damit es ihr gelingt, überschüssige Profite abzuschöpfen, muss sie die überdurchschnittlich gute Branchenentwicklung stärker berücksichtigen. Dabei sollte sich die Lohnpolitik nicht an konjunkturellen Ausschlägen, sondern an der mittelfristigen Entwicklung ausrichten. Orientierungsgrößen sind die Produktivität, die in der Metallbranche auch künftig um über vier Prozent pro Jahr wachsen dürfte, sowie die Inflationsrate. Ein so bemessener Lohnzuschlag verbessert die reale Kaufkraft. Und er ist ein probates Mittel, um den Abschwung, der durch die Finanzkrise angetrieben wird, zu bremsen.

**Rudolf Hickel ist Direktor des Instituts**

**Arbeit und Wirtschaft der Uni Bremen.**